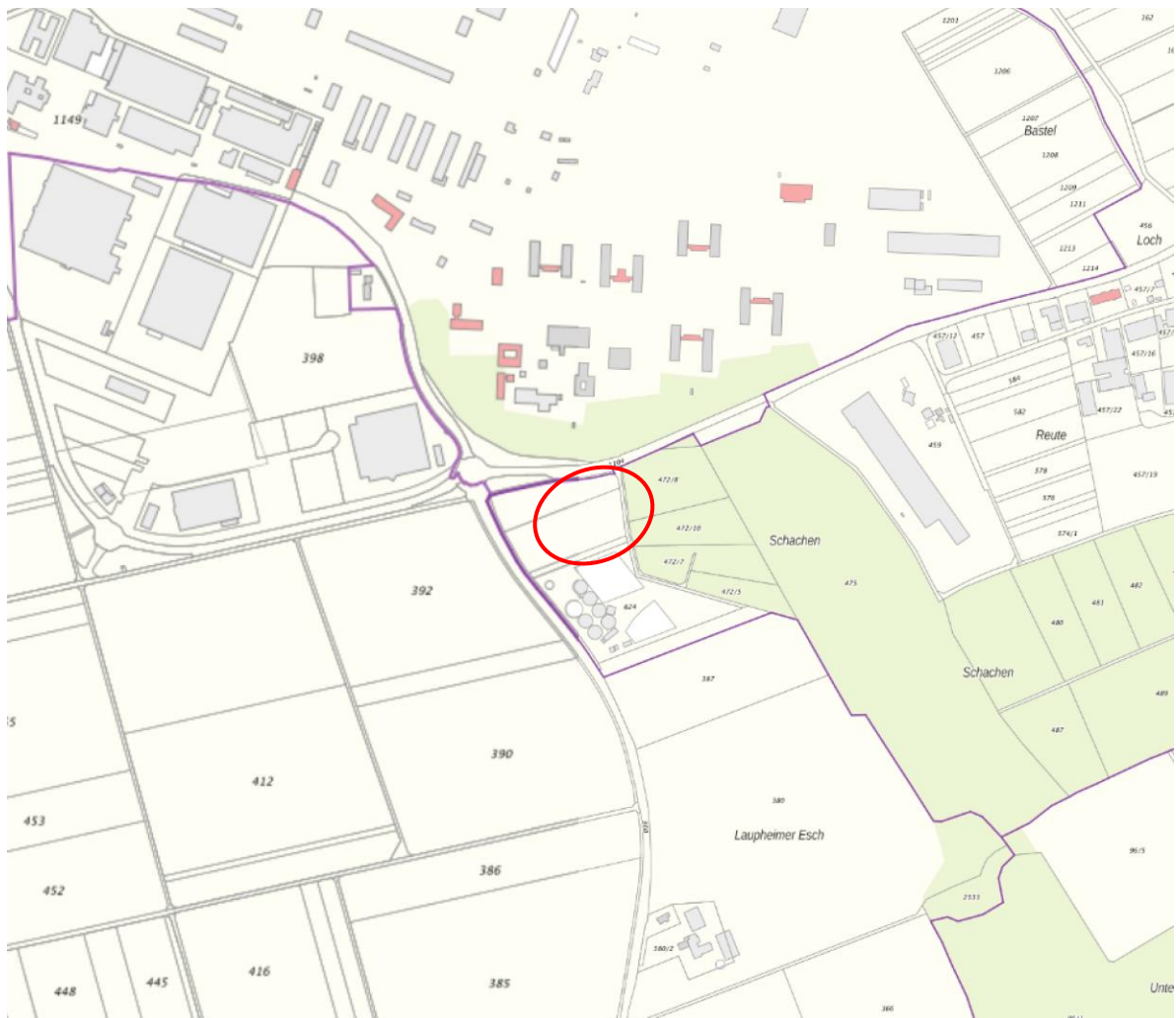


## III) Ergebnisse aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung sowie deren Abwägung, Stellungnahme und Beurteilung

### zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Biogasanlage Bühl – 3. Änderung“

Fassung vom: 28.08.2023



## Burgrieden, Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Biogasanlage Bühl – 3. Änderung“ mit örtlichen Bauvorschriften

Zusammenfassung der Ergebnisse aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung vom **24.07.2023 - 25.08.2023** sowie deren Abwägung, Stellungnahme und Beurteilung

### 1. Folgende Behörden haben keine Einwände, Anregungen oder Bedenken vorgebracht:

1.1	Regierungspräsidium Tübingen	31.07.2023
1.2	Regionalverband Donau-Iller	07.08.2023
1.3	Bundesamt für Infrastruktur	29.09.2023
1.4	Thüga Energienetze GmbH	15.05.2023
1.5	Netze BW GmbH	09.08.2023
1.6	IHK Ulm	09.08.2023
1.7	Handwerkskammer Ulm	23.08.2023
1.8	Telekom	02.08.2023
1.9	Gemeinde Schwendi	03.08.2023

### 2. Stellungnahmen gingen von folgenden Behörden ein

#### 2.1 LRA Biberach 15.08.2023

##### I. Amt für Bauen und Naturschutz

##### Baurecht

(Frau Forderer; Tel: 07351/52-7656; tanja.forderer@biberach.de)

Bezüglich der Aufstellung im Parallelverfahren verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 05.06.2023. Da sich der Bebauungsplan nicht aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan entwickelt, ist dieser dem Landratsamt Biberach, Amt für Bauen und Naturschutz zur Genehmigung vorzulegen. Damit eine Genehmigung erteilt werden kann, muss der Flächennutzungsplan mindestens einen Verfahrensstand nach § 4 I BauGB erreicht haben. Die Abwägungstabelle der Anhörung zu den geplanten Flächen im Flächennutzungsplan sollte zusammen mit dem Antrag auf Genehmigung vorgelegt werden. Wir bitten Sie zudem die Abwägungstabelle der jetzigen Anhörung, die Nachweise aller Bekanntmachungen und sonstigen Satzungsbeschlüsse (mit Protokoll) vorzulegen.

Wir weisen darauf hin, dass die Entscheidung über die Genehmigung eines Bebauungsplans gem. §10 II S.2 BauGB i.V.m. §6 II BauGB innerhalb eines Monats erfolgen muss. Der Antrag auf Genehmigung sollte daher erst gestellt werden, wenn die Abwägungen beschlossen sind und alle benötigten Unterlagen vollständig vorgelegt werden können. Alternativ

#### Wurde berücksichtigt.

Es wurde ein geändertes Verfahren – Regelverfahren – im GR beschlossen. Dies bedingt eine Änderung des FNP im Parallelverfahren.

#### Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.

kann auch die Genehmigung des Flächennutzungsplans abgewartet werden.

Naturschutz:

(Herr Beißwenger; Tel: 07351/52-6136;  
fabian.beisswenger@biberach.de)

Die eingereichten Unterlagen zur Beurteilung der Bauleitplanung sind vollständig. Die Belange des Naturschutzes inkl. Umweltbericht sind im Rahmen von § 18 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), § 1 Abs. 6 Nr. 7 Baugesetzbuch (BauGB), § 1a BauGB, § 2 Abs. 4 BauGB und § 2a BauGB in den Planunterlagen ausreichend berücksichtigt und abgearbeitet. Die von der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) vorgebrachten Punkte und Hinweise wurden im Rahmen der Abwägung berücksichtigt und wo notwendig in den Unterlagen ergänzt.

Aufgrund dessen bestehen gegenüber dem Vorhaben keine weiteren Bedenken oder Einwände seitens der UNB, sofern die im Umweltbericht der Zimmermann Ingenieurgesellschaft mbH vom 19.06.2023 genannten Minimierungs-, Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen wie dargestellt umgesetzt werden.

Zur Minimierungsmaßnahme M2 wird der fachliche Hinweis ergänzt, dass nach der Aushagerung der erste Schnitt zur Blüte der bestandsbildenden Gräser (i. d. R. Anfang bis Mitte Juni) erfolgen sollte (falls keine Beweidung vorgesehen ist). Die temporären Kleingewässer (M3) sollten bei einer zunehmenden Verlandung/Verschlammung oder einem Zuwachsen bedarfsweise ausgebaggert bzw. entschlamm werden, damit die ökologische Funktion erhalten werden kann.

Ein Monitoring der Maßnahmen gemäß § 4c BauGB ist wie in Kap. 6 des Umweltberichts dargestellt zu den genannten Zeiträumen durch die Gemeinde zu gewährleisten.

**II. Forstamt:**

(Frau Pretzel; Tel: 07351/52-7022; gertrud.pretzel@biberach.de)

Zu obengenanntem Vorhaben verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 16.05.2023 (BLPV 23/026), und betonen, dass die darin bisher nicht berücksichtigten Anmerkungen und Anregungen aus forstrechtlicher-/fachlicher Sicht weiterhin Bestand haben.

Wir danken für die Kenntnisgabe der Abwägungstabelle und begrüßen die Bereitschaft des Bauherrn eine Haftungsverzichtserklärung mit den angrenzenden Waldeigentümern abzuschließen.

**16.05.2023**

*Zu obengenanntem Bauvorhaben nimmt die untere Forstbehörde wie folgt Stellung:*

**1. Waldabstand**

*Maßgebliche Bestimmung für das Bauen in Waldnähe ist § 4 Abs. 3 Landesbauordnung (LBO). Danach müssen Gebäude*

**Wird zur Kenntnis genommen.**

Keine weitere Abwägung erforderlich.

**Wird zur Kenntnis genommen.**

Keine weitere Abwägung erforderlich.

Die im Umweltbericht genannten Minimierungs-, Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen müssen umgesetzt werden.

**Wird berücksichtigt.**

Hier dürfte es sich um M1 und M5 handeln.

Die Hinweise werden im Textteil Ziffer 1.9.1.1 entsprechend ergänzt.

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

**Wird zur Kenntnis genommen.**

Keine weitere Abwägung erforderlich.

**Wird zur Kenntnis genommen.**

Keine weitere Abwägung erforderlich.

**Wird zur Kenntnis genommen.**

Keine Abwägung erforderlich.

und bauliche Anlagen mit Feuerstätten von Wäldern im Sinne des § 2 LWaldG 30 Meter entfernt sein. Die Vorschrift konkretisiert das öffentliche Interesse einer Gefahrenvermeidung, sowohl für den Wald (z.B. durch Brandüberschlag), als auch für Gebäude bzw. bauliche Anlagen und die sich dort aufhaltenden Menschen. Sie dient darüber hinaus auch der Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Waldbewirtschaftung. Ein Abstand von 30 Meter zwischen PV-Anlage und Wald ist gem. § 4 Abs. 3 LBO nicht vorgeschrieben, wird von der Unteren Forstbehörde jedoch ausdrücklich empfohlen.

Der Waldabstand ist erforderlich, um Schattenwurf auf die PV-Anlage auszuschließen und eine mögliche Beschädigung der Module, sowie der erforderlichen Zaunanlage durch Windwurf bzw. im Rahmen der Waldbewirtschaftung zu vermeiden.

Das Risiko umstürzender Bäume und das Herabfallen einzelner, auch starker Äste, ist hoch und nimmt aufgrund der Klimaänderungen im Zuge der globalen Erwärmung durch Schneebruch, Dürre, Brände, Stürme, Starkregen sowie Schädlingen zu. Durch die Produktion elektrischer Energie (u.a. Wechselrichter, Trafostation) geht von Solaranlagen eine potentielle Feuer- und somit Waldbrandgefahr aus.

Die ordentliche Waldbewirtschaftung, insbesondere Fällungsarbeiten werden bei geringeren Abständen als 30 Meter erschwert und verteuert (z.B. müssen Bäume angeseilt werden ...)

Im vorliegenden Fall grenzt östlich des Vorhabens auf Flst. 472/10 (Privateigentum) und auf Flst. 472/8 (Gemeindewald) Wald im Sinne des § 2 LWaldG an.

Der geplante Waldabstand beträgt lediglich ca. 23 Meter. Wünschenswert wäre, die Baugrenze um 7 Meter nach Westen zu verschieben.

Wir weisen vorsorglich daraufhin (auch in Bezug auf mögliche Rechtsnachfolger), dass seitens des Anlagenbetreibers keinerlei Ansprüche auf Rücknahme des Waldtraufs bestehen. Gegebenenfalls negative Auswirkungen des angrenzenden Waldbestandes auf die Anlage sind hinzunehmen. Hierzu zählen auch eventuelle wirtschaftliche Einbußen aufgrund zukünftiger Beschattungssituation durch die benachbarten und stetig wachsenden Waldbäume. In diesem Zusammenhang möchten wir erwähnen, dass eine (nachträgliche) Waldumwandlung nicht in Aussicht gestellt werden kann.

Ist der Waldabstand nicht ausreichend bemessen, wird eine Haftungsverzichtserklärung (mit dinglicher Sicherung im Grundbuch) seitens des Eigentümers des Baugrundstücks (und somit seinen künftigen Rechtsnachfolgern) empfohlen, worin die Waldeigentümer von sämtlichen Ansprüchen, die sich aus der Nähe zum Wald bzw. der Bewirtschaftung des Waldes ergeben, freigestellt werden.

Im zeichnerischen Teil des Lageplanes sollte die Waldfläche dargestellt und der Waldabstand eingetragen werden.

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

**Wird zur Kenntnis genommen.**

Dem Vorhabenträger ist bewusst, dass durch die Reduzierung des Waldabstandes um 7 m auf ca. 23 m die Gefahr einer Beschädigung der Module durch z.B. Windwurf geringfügig erhöht wird. Eine ordentliche Waldbewirtschaftung kann jedoch weiterhin gewährleistet werden. Das Risiko trägt der Vorhabenträger. Der Privatwald auf Fl.st. 472/10 ist lediglich marginal betroffen.

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

Ansprüche auf Rücknahme des Waldtraufs bestehen nicht.

**Wird berücksichtigt.**

Eine entsprechende Haftungsverzichtserklärung wird abgegeben.

**Wird berücksichtigt.**

Der Wald und der Waldabstand werden im Plan übernommen.

**2.) Waldfunktionenkartierung (als Hinweis)**

In der Waldfunktionenkarte sind die benachbarten Waldflächen als Erholungswald (Stufe 1 b) ausgewiesen.

**Wird zur Kenntnis genommen.**  
Keine Abwägung erforderlich.

**V. Straßenamt:**

(Frau Steinhardt; Tel: 07351/52-6823;  
ulrike.steinhardt@biberach.de)

Das Vorhaben liegt zwischen Laupheim und Walpertshofen, ca. 70 m östlich der K 7516 und ca. 40 m südlich der K 7582.

Die Auflagen und Anregungen unserer Stellungnahme vom 26.05.2023 wurden bei der Abwägung von Seiten der Gemeinde zur Kenntnis genommen und werden berücksichtigt. Das Straßenamt hat zum o.g. Bebauungsplan keine weiteren Einwände.

Unsere Stellungnahme vom 26.05.2023 behält weiterhin ihre Gültigkeit.

**26.05.2023**

**A) Bauabstand von der Fahrbahn:****1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können.****1.1 Art der Vorgabe**

Außerhalb des Erschließungsbereiches von Kreisstraßen besteht in einem Abstand bis 15 m vom Fahrbahnrand ein Anbauverbot für Hochbauten und bauliche Anlagen sowie Werbeanlagen. Bis 30 m bei Kreisstraßen dürfen bauliche Anlagen und Werbeanlagen nur mit Zustimmung der Straßenbauverwaltung errichtet werden. Diese im Verkehrsinteresse bestehende Vorgabe ist im Grundsatz auch bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zu beachten.

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

**1.2 Rechtsgrundlage**

§ 22 Abs. 1 und 2 Straßengesetz für Baden-Württemberg (StrG).

**B) Neuer Anschluss an Außenstrecke:****1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können.****1.1 Art der Vorgabe**

Außerhalb des Erschließungsbereichs von Kreisstraßen ist die Anlegung neuer Zufahrten im Interesse des überörtlichen Verkehrs im Grundsatz ausgeschlossen. Dieselben Gesichtspunkte müssen ebenso für die Herstellung kommunaler Straßenanschlüsse gelten. Eine dies nicht berücksichtigende Planung würde der Zweckbestimmung der überörtlichen Straße nicht Rechnung tragen. Der Gemeinde ist es verwehrt, planerische Aussagen zu treffen, die sich mit einer wirksamen Planfeststellung inhaltlich nicht vereinbaren lassen. Insoweit tritt die gemeindliche Bauleitplanung hinter die bereits vorhandene Fachplanung zurück (BVerwG vom 30.05.1997, DVBl 98, S. 46). Dieselben Grundsätze gelten auch für Anlagen, die nicht planfestgestellt sind, solange nicht durch eine förmliche Entwidmung oder, z. B. im Wege einer einvernehmlichen Regelung des Straßenbaulasträger mit der Gemeinde, in sonstiger Weise eine Aufhebung bzw. Lockerung ihrer Zweckbestimmung erfolgt ist (vgl. BVerwG vom 16.12.1988, E 81, S. 111, S. 113, S. 118).

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

**1.2 Rechtsgrundlage**

§ 22 Abs. 1 Straßengesetz für Baden-Württemberg (StrG).

**2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes**

Von Seiten des Straßenamtes sind keine Maßnahmen vorgesehen.

**Wird zur Kenntnis genommen.**  
Keine Abwägung erforderlich.

**3. Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen und ggf. Rechtsgrundlage**

**3.1 Zum Entwurf****3.1.1 Abstände zu Baugrenzen, Anbauverbotszone**

Das Vorhaben liegt zwischen Laupheim und Walpertshofen, ca. 70 m östlich der K 7516 und ca. 40 m südlich der K 7582.

Die gemäß § 22 StrG außerhalb der straßenrechtlichen Ortsdurchfahrt geforderten Anbaubeschränkungen von 15 m bzw. 30 m werden somit eingehalten.

Es werden deshalb keine Einwände bezüglich des Abstandes zur Kreisstraße erhoben.

**Wird zur Kenntnis genommen.**  
Keine Abwägung erforderlich.

**3.1.2 Erschließungsstraße**

Die verkehrliche Anbindung des Plangebietes an die überörtliche Straße (K 7516) hat ausschließlich über die bestehende Zufahrt zum Sondergebiet „Biogasanlage Bühl“ zu erfolgen. Eine weitere Zufahrt wird nicht zugelassen.

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

**3.1.3 Blendschutz (PV-Anlage)**

Durch die PV-Anlage dürfen sich keine nachteiligen Auswirkungen auf den Verkehr der Kreisstraße ergeben. Eine Gefährdung der Verkehrssicherheit auf der Kreisstraße durch Reflektion ist durch die Verwendung entsprechender Module oder geeigneter Maßnahmen (Blendschutz) zu verhindern.

Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung der Verkehrsteilnehmer oder eine Ablenkung durch Spiegelung doch herausstellen, so sind von der Gemeinde entsprechende Blendschutzmaßnahmen zu treffen, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs im Zuge der Kreisstraße aufrecht zu erhalten.

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

**3.2 Zum Vollzug**

**3.2.1** Oberflächenwasser aus dem Baugebiet darf nicht in die Entwässerungseinrichtungen der Straße geleitet werden.

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

**3.2.2** Im Straßenkörper der überörtlichen Straße dürfen außerhalb der Ortsdurchfahrt nach Möglichkeit keine Versorgungsleitungen verlegt werden. Eventuell notwendig werdende Aufgrabungen oder Durchpressungen für Kreuzungen von Versorgungsleitungen dürfen erst nach Abschluss eines Nutzungsvertrages mit dem Straßenamt begonnen werden.

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

Überarbeitung des Bebauungsplanes

Die Gemeinde wird gebeten, den Bebauungsplanentwurf auf der Grundlage der vorstehenden Stellungnahme zu überarbeiten und das Straßenamt am weiteren Verfahren zu

**Wird zur Kenntnis genommen.**  
Keine Abwägung erforderlich.

beteiligen.

Weitere Bedenken und Anregungen behält sich die Straßenbauverwaltung vor.

## 2.2 Regierungspräsidium Freiburg

31.07.2023

Unter Verweis auf unsere weiterhin gültige Stellungnahme mit dem Aktenzeichen 2511//23-02127 vom 30.05.2023 sowie die Ziffer 2.6 des Textteils zum Bebauungsplan (Stand: 19.06.2023) sind von unserer Seite zum offengelegten Planvorhaben keine weiteren Hinweise oder Anregungen vorzubringen.

30.05.2023

Im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für geowissenschaftliche und bergbehördliche Belange äußert sich das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zum Planungsvorhaben.

### Geotechnik

Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros. Eine Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, wird andernfalls die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan empfohlen:

Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Löss unbekannter Mächtigkeit. Mit lokalen Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind, ist zu rechnen. Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen. Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.

### Boden

Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise oder Anregungen vorzutragen.

Generell der Hinweis, dass nach § 2 Abs. 3 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) bei geplanten Vorhaben, die auf nicht versiegelte, nicht baulich veränderte oder unbebaute Flächen von mehr als 0,5 Hektar einwirken werden, ein Bodenschutzkonzept zur Gewährleistung des sparsamen, schonenden und

**Wird zur Kenntnis genommen.**

Keine weitere Abwägung erforderlich.

**Wird berücksichtigt.**

Die Hinweise zur Geotechnik werden in die textlichen Festsetzungen unter Hinweise Ziffer 2.6 aufgenommen.

**Wird berücksichtigt.**

Die Hinweise zum Boden werden in die textlichen Festsetzungen unter Hinweise Ziffer 2.6 aufgenommen.

haushälterischen Umgangs mit dem Boden im Rahmen der weiteren Vorhabensplanung bzw. -durchführung zu erstellen ist. Eine Erstellung des Bodenschutzkonzepts nach DIN 19639 wird dringend empfohlen.

#### **Mineralische Rohstoffe**

Die Plangebiet liegt am Rande eines nachgewiesenen Kiesvorkommens (mit der Vorkommensnr. L 7724/L 7726-51, Bearbeitungsstand: Januar 2001). Es ist in der vom LGRB landesweit digital erstellten Karte der mineralischen Rohstoffe von Baden-Württemberg 1: 50 000 (KMR 50) dargestellt. Die dort veröffentlichten oberflächennahen Steine-Erden-Rohstoffvorkommen werden nach landesweit einheitlichen Kriterien abgegrenzt und bewertet. In der dazugehörigen Vorkommensbeschreibung werden die rohstoffgeologischen Gegebenheiten erläutert. Die Rohstoffvorkommen und die dazugehörigen Vorkommensbeschreibungen können über den LGRB-Geodatendienst (LGRB-Kartenviewer, [http://maps.lgrb-bw.de/?view=lgrb\\_kmr](http://maps.lgrb-bw.de/?view=lgrb_kmr)) visualisiert werden [Themen: „Rohstoffgeologie/Karte der mineralischen Rohstoffe 1: 50 000 (KMR 50)/KMR 50: Rohstoffvorkommen“; Aufruf der Vorkommensbeschreibung durch Nutzung des Info-Buttons beim Thema „KMR 50: Rohstoffvorkommen“].

Die Geodaten des Themenbereichs Rohstoffgeologie können als WMS-Dienst registrierungs- und kostenfrei in die eigene GIS-Umgebung eingebunden werden ([https://produkte.lgrb-bw.de/catalog/list/?wm\\_group\\_id=20000](https://produkte.lgrb-bw.de/catalog/list/?wm_group_id=20000)) und (<https://produkte.lgrb-bw.de/docPool/WMS-Handout.pdf>). Ergänzend wird auf die Ausführungen unter <https://produkte.lgrb-bw.de/informationssysteme/neuigkeiten> und die Hinweise in den LGRB-Nachrichten 07/2016 und 04/2018 verwiesen ([https://www.lgrb-bw.de/aktuell/lgrb\\_nachrichten/index\\_html?download\\_art\\_dow\\_n=8](https://www.lgrb-bw.de/aktuell/lgrb_nachrichten/index_html?download_art_dow_n=8)).

Gegen die Planungen bestehen von rohstoffgeologischer Seite keine Einwendungen.

#### **Allgemeine Hinweise**

Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (<http://www.lgrb-bw.de>) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse <http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope> (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.

#### **Wird berücksichtigt.**

Die Hinweise zu Mineralischen Stoffen werden in die textlichen Festsetzungen unter Hinweise Ziffer 2.6 aufgenommen.

#### **Wird berücksichtigt.**

Die Allgemeinen Hinweise werden in die textlichen Festsetzungen unter Hinweise Ziffer 2.6 aufgenommen.

### **2.3 Stadt Laupheim - Stadtplanung u. Baurecht 24.08.2023**

#### **I. Bauleitplanung**

Herr Dobner ([daniel.dobner@laupheim.de](mailto:daniel.dobner@laupheim.de); 07392 704-159)

Der wirksame Flächennutzungsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft der Stadt Laupheim stellt für das Plangebiet Flächen für die Landwirtschaft dar. Der Bebauungsplan sieht ein sonstiges Sondergebiet gem. § 11 BauNVO vor. Der Bebauungsplan entwickelt sich daher nicht aus dem Flächennutzungsplan und verstößt damit zunächst

#### **Wurde berücksichtigt.**

Es wurde ein geändertes Verfahren – Regelverfahren – im GR beschlossen. Dies bedingt eine Änderung des FNP im Parallelverfahren.



gegen § 8 Abs. 2 BauGB (Entwicklungsgebot).  
Mit der Gemeinde Burgrieden bzw. dem beauftragten Planungsbüro wurde bereits eine Teiländerung des Flächennutzungsplans besprochen, die zeitnah ins Verfahren gebracht werden soll, sodass dieser Belang abgearbeitet werden kann.

### 3. Stellungnahmen von Bürgern

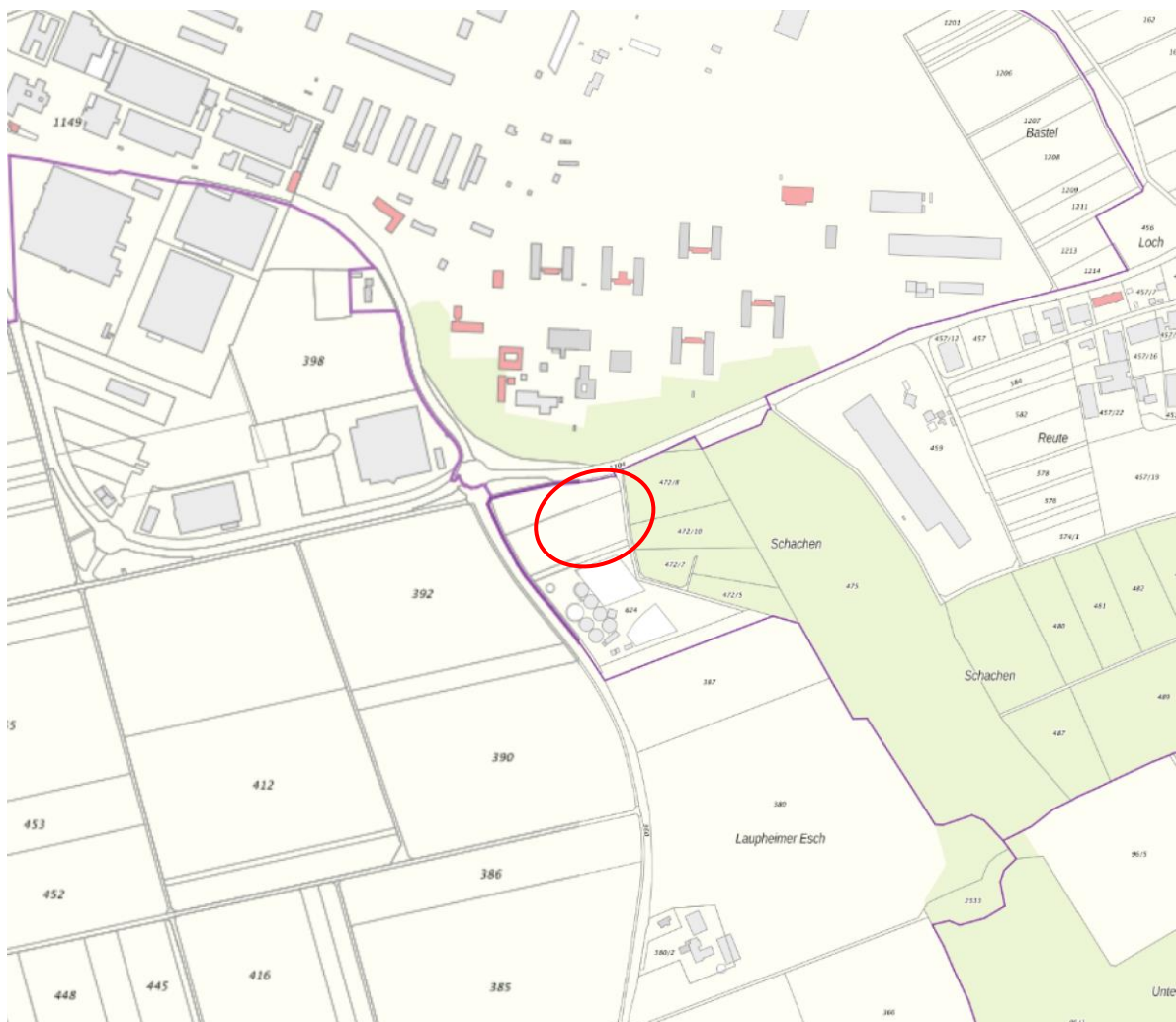
Im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung wurden keine Anregungen aus der Öffentlichkeit vorgebracht:

Aufgestellt, Langenargen, den 28.08.2023

## III) Ergebnisse aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden im Rahmen der öffentlichen Auslegung sowie deren Abwägung, Stellungnahme und Beurteilung

### zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Biogasanlage Bühl – 3. Änderung“

Fassung vom: 19.06.2023



## Burgrieden, Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Biogasanlage Bühl – 3. Änderung“ mit örtlichen Bauvorschriften

Zusammenfassung der Ergebnisse aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden im Rahmen der **öffentlichen Auslegung** vom **08.05.2023** - **09.06.2023** sowie deren Abwägung, Stellungnahme und Beurteilung

### 1. Folgende Behörden haben keine Einwände, Anregungen oder Bedenken vorgebracht:

1.1	Regierungspräsidium Tübingen	31.05.2023
1.2	Regionalverband Donau-Iller	22.05.2023
1.3	Thüga Energienetze GmbH	15.05.2023
1.4	Netze BW GmbH	12.05.2023
1.5	IHK Ulm	22.05.2023
1.6	Handwerkskammer Ulm	07.06.2023
1.7	Telekom	12.06.2023

### 2. Stellungnahmen gingen von folgenden Behörden ein

#### 2.1 LRA Biberach 05.06.2023

##### 1. Amt für Bauen und Naturschutz

##### Baurecht

(Frau Forderer; Tel: 07351/52-7656; tanja.forderer@biberach.de)

Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren gern. §13a BauGB aufgestellt werden. Aus Sicht des Landratsamts - Amt für Bauen und Naturschutz - liegt kein Anwendungsbereich für ein Verfahren nach § 13a BauGB vor. Wir können bei dem Vorhaben keine „Maßnahmen der Innenentwicklung“ gern. §13a Abs. 1 BauGB erkennen, da es sich bei dem im Bebauungsplan umfassten Bereich nicht um einen Innenbereich handelt. Der Gesetzgeber sieht als Bebauungspläne der Innenentwicklung u.a. Pläne an, die Planungen erfassen, die der Erhaltung, Erneuerung, Fortentwicklung, Anpassung und dem Umbau vorhandener Ortsteile dienen und insbesondere Gebiete umfassen, die im Zusammenhang bebaute Ortsteile i.S.d. § 34 BauGB darstellen. Auch sehen wir das vereinfachte Verfahren gern. §13 BauGB als nicht anwendbar, da durch die grundlegende Änderung der Nutzung, Bebauung und Grünflächen die Grundzüge der Planung berührt werden.

Des Weiteren entwickelt sich der Bebauungsplan weder aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan (FNP) 2015 (genehmigt 31.05.2006), in der keine Sonderfläche ausgewiesen ist, noch entwickelt er sich aus der geplanten Fortschreibung des FNP 2015, in dem eine Sonderfläche für speziell für die Nutzung „Biogas“ ausgewiesen wurde. Dies ist in der Begründung abzuändern.

#### **Wird berücksichtigt.**

Es wird ein geändertes Verfahren – Regelverfahren – im GR beschlossen werden. Die bisherige Beteiligungsrunde wird als frühzeitige Beteiligung gewertet und somit wird im nächsten Schritt im kommenden GR die öffentliche Auslegung beschlossen.

#### **Wird berücksichtigt.**

Es wird ein geändertes Verfahren – Regelverfahren – im GR beschlossen werden. Dies bedingt eine Änderung des FNP im Parallelverfahren.

Wir weisen folglich darauf hin, dass der FNP im Parallelverfahren nach § 8 III BauGB geändert werden muss. Die Vorschrift des § 8 III S. 2 BauGB verlangt für den Fall eines Parallelverfahrens von FNP und Bebauungsplan (B-Plan), dass zum Zeitpunkt der Bekanntmachung des B-Planes ein Stand des FNP erreicht ist, der die Annahme rechtfertigt, dass der B-Plan aus den künftigen Darstellungen des FNP entwickelt sein wird. Eine solche Beurteilung setzt einen gewissen Stand der materiellen Planreife des FNP voraus.

s.o.

Für die Annahme einer solchen materiellen Planreife wird mindestens ein Verfahrensstand neben Aufstellungsbeschluss auch frühzeitige Bürger- und Behördenbeteiligung, auf der Grundlage einer Plankonzeption der Gemeinde Burgrieden, erforderlich sein.

s.o.

Für die Durchführung eines Regelverfahrens mit Parallelverfahren von FNP und Bebauungsplan erheben wir keine Bedenken.

Es ist erneut eine Behördenbeteiligung nach §4 II BauGB durchzuführen und im weiteren Verfahren das entsprechende Abwägungsprotokoll zu dieser Anhörung vorzulegen. Es wird darum gebeten, Änderungen, die im Rahmen der Abwägung vorgenommen werden, in einer Ausfertigung farblich (z.B. rot) abzusetzen. Dies vermeidet insbesondere eine nochmalige Gesamtdurchsicht durch die Träger öffentlicher Belange.

s.o.

Naturschutz:

(Herr Beißwenger; Tel: 07351/52-6136; fabian.beisswenger@biberach.de)

Von Seiten der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) bestehen keine grundsätzlichen Bedenken oder Einwände gegenüber der 3. Änderung des BPlans „Biogasanlage Burgrieden“, sofern die im Umweltbericht vom 08.05.2023 von der Zimmermann Ingenieurgesellschaft mbH genannten Minimierungsmaßnahmen M1 bis MS, die Vermeidungsmaßnahmen V1 und V2 sowie die Ausgleichsmaßnahme A 1 wie dargestellt umgesetzt werden.

**Wird berücksichtigt.**

Die geplanten und festgesetzten Maßnahmen zum Ausgleich, Minimierung und Minderung werden umgesetzt.

Hinsichtlich der Anlage von Extensivgrünland (M2) sowie der Eingrünung (A 1) werden seitens der UNB folgende Hinweise vorgebracht:

Für die Pflanzungen und Einsaaten ist nach § 40 BNatSchG zertifiziertes gebietseigenes, d.h. nachweislich autochthones Pflanz- und Saatgut, aus dem Vorkommensgebiet 6.1 „Alpenvorland“ bzw. Ursprungsgebiet 17 „Südliches Alpenvorland“ zu verwenden. Der Kräuteranteil der Saatgutmischung sollte mindestens 50 % betragen. Eine Düngung oder Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf der Fläche ist unzulässig. Das Mahdgut ist abzufahren. Alternativ ist ggf. eine extensive Schafbeweidung möglich.

**Wird berücksichtigt.**

Die textlichen Festsetzungen unter Ziffer 1.9.3.1 werden entsprechend ergänzt.

Die Pflanzung der Feldhecken hat mindestens dreireihig zu erfolgen, um eine adäquate Entwicklung und Erreichung des bilanzierten Zielzustandes gemäß ÖKVO (14 Ökopunkte/m2) gewährleisten zu können. Weitere Informationen und

**Wird berücksichtigt.**

Die textlichen Festsetzungen unter Ziffer 1.9.3.1 werden entsprechend ergänzt.

Hinweise zur Gehölzpflanzung können der angehängten Pflanzliste der UNB entnommen werden.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind nach § 15 Abs. 4 BNatSchG für die Dauer des Eingriffs zu unterhalten, rechtlich zu sichern und bei Abgang umgehend gleichartig zu ersetzen. Verantwortlich für Ausführung, Unterhaltung und Sicherung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist der Verursacher oder dessen Rechtsnachfolger. Ein Monitoring der Maßnahmen gemäß § 4c BauGB ist wie in Kap. 6 des Umweltberichts dargestellt zu den genannten Zeiträumen durch die Gemeinde zu gewährleisten.

Der Einschätzung, dass die Auslösung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden kann, kann aufgrund der Lage und der vorhandenen Strukturen von der UNB gefolgt werden.

Redaktioneller Hinweis:

Die Minimierungsmaßnahme MS gehört thematisch zum Schutzgut Tiere und Pflanzen (Kap. 3.5.1) und nicht zum Schutzgut Boden (Kap. 3.5.2).

Die Höhe der zu pflanzenden Sträucher hat bei einer Qualität von VStr. 2 x v für gewöhnlich 60-100 cm und nicht 30-50 cm.

Naturschutzbeauftragter

(Herr Schick; Tel: 07354/8677; e.lamers@web.de)

Unter Berücksichtigung der im Umweltbericht vom 08.05.2023 der Fa. Zimmermann Ingenieurgesellschaft mbH genannten Minimierungs-, Vermeidungs- sowie vorgeschlagenen Ausgleichsmaßnahmen bestehen keine wesentlichen Bedenken.

## II. Wasserwirtschaftsamt

(Herr Rothenhäusler; Tel. : 07351 /52-6122; berthold.rothenhaeusler@biberach.de)

Wasserversorgung

Es bestehen keine Einwendungen.

Abwasser

Keine grundsätzlichen Bedenken aus abwassertechnischer Sicht. Anfallendes Niederschlagswasser ist über eine mindestens 30 cm mächtige humose Oberbodenschicht breitflächig in den Untergrund zu versickern. Bei der Reinigung der Module dürfen nur biologisch abbaubare Produkte verwendet werden.

Altlasten/Bodenschutz

Es bestehen keine Einwendungen.

Fließgewässer

Es bestehen keine Einwendungen.

Industrie und Gewerbe

Es bestehen keine Einwendungen. Sofern

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

**Wird zur Kenntnis genommen.**  
Keine Abwägung erforderlich.

**Wird berücksichtigt.**  
Der UB wird entsprechend korrigiert.

**Wird berücksichtigt.**  
Die textlichen Festsetzungen unter Ziffer 1.9.3.1 werden entsprechend korrigiert.

**Wird zur Kenntnis genommen.**  
Keine weitere Abwägung erforderlich.

**Wird zur Kenntnis genommen.**  
Keine Abwägung erforderlich.

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

**Wird zur Kenntnis genommen.**  
Keine Abwägung erforderlich.

**Wird zur Kenntnis genommen.**  
Keine Abwägung erforderlich.

**Wird zur Kenntnis genommen und**

wassergefährdende Stoffe gelagert oder umgeschlagen werden, sind die entsprechenden Vorschriften zu beachten.

### III. Landwirtschaftsamt

(Herr Albinger, Tel: 07351/52-6759; a.albinger@biberach.de)  
Das Vorhaben befindet sich innerhalb des bestehenden Bebauungsplan Biogasanlage Bühl. Durch das Vorhaben wird zum Großteil eine Fläche überbaut, welche bisher schon als Auffangmulde im Havarie Fall der Biogasanlage ausgebildet war. Eine landwirtschaftliche Nutzung dieser Fläche liegt nicht vor. Durch die Aufständigung der Module ist eine Nutzung der Fläche zum bisherigen Zweck weiterhin möglich. Durch diese Doppelnutzung wird mit der Fläche sparsam umgegangen, was wir begrüßen. Die Ausgleichsmaßnahmen finden ausschließlich innerhalb des Plangebietes statt. Dazu wird u.a. die östlich gelegene Fläche des notwendigen Waldabstandes herangezogen. Diese Fläche kann aufgrund ihres Zuschnittes nur sehr eingeschränkt bewirtschaftet werden und wurde in der Vergangenheit auch nur sehr extensiv bewirtschaftet.  
Das Landwirtschaftsamt hat keine Bedenken gegen die 3. Änderung des Bebauungsplanes.

### IV. Forstamt:

(Frau Pretzel; Tel: 07351/52-7022; gertrud.pretzel@biberach.de)  
zu obengenanntem Bauvorhaben nimmt die untere Forstbehörde wie folgt Stellung:

#### 1. Waldabstand

Maßgebliche Bestimmung für das Bauen in Waldnähe ist § 4 Abs. 3 Landesbauordnung (LBO). Danach müssen Gebäude und bauliche Anlagen mit Feuerstätten von Wäldern im Sinne des § 2 LWaldG 30 Meter entfernt sein. Die Vorschrift konkretisiert das öffentliche Interesse einer Gefahrenvermeidung, sowohl für den Wald (z.B. durch Brandüberschlag), als auch für Gebäude bzw. bauliche Anlagen und die sich dort aufhaltenden Menschen. Sie dient darüber hinaus auch der Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Waldbewirtschaftung. Ein Abstand von 30 Meter zwischen PV-Anlage und Wald ist gem. § 4 Abs. 3 LBO nicht vorgeschrieben, wird von der Unteren Forstbehörde jedoch ausdrücklich empfohlen.

Der Waldabstand ist erforderlich, um Schattenwurf auf die PV-Anlage auszuschließen und eine mögliche Beschädigung der Module, sowie der erforderlichen Zaunanlage durch Windwurf bzw. im Rahmen der Waldbewirtschaftung zu vermeiden.

Das Risiko umstürzender Bäume und das Herabfallen einzelner, auch starker Äste, ist hoch und nimmt aufgrund der Klimaänderungen im Zuge der globalen Erwärmung durch Schneebruch, Dürre, Brände, Stürme, Starkregen sowie Schädlingen zu. Durch die Produktion elektrischer Energie (u.a. Wechselrichter, Trafostation) geht von Solaranlagen eine potentielle Feuer- und somit Waldbrandgefahr aus.  
Die ordentliche Waldbewirtschaftung, insbesondere

**beachtet.**

**Wird zur Kenntnis genommen.**

Keine weitere Abwägung erforderlich.

**Wird zur Kenntnis genommen.**

Keine Abwägung erforderlich.

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

**Wird zur Kenntnis genommen.**

Dem Vorhabenträger ist bewusst, dass durch die Reduzierung des Waldabstandes um 7 m auf ca. 23 m die Gefahr einer Beschädigung der Module durch z.B. Windwurf geringfügig erhöht wird. Eine ordentliche Waldbewirtschaftung kann jedoch weiterhin gewährleistet werden. Das

Fällungsarbeiten werden bei geringeren Abständen als 30 Meter erschwert und verteuert (z.B. müssen Bäume angeseilt werden ...)

Im vorliegenden Fall grenzt östlich des Vorhabens auf Flst. 472/10 (Privateigentum) und auf Flst. 472/8 (Gemeindewald) Wald im Sinne des § 2 LWaldG an.

Der geplante Waldabstand beträgt lediglich ca. 23 Meter. Wünschenswert wäre, die Baugrenze um 7 Meter nach Westen zu verschieben.

Wir weisen vorsorglich daraufhin (auch in Bezug auf mögliche Rechtsnachfolger), dass seitens des Anlagenbetreibers keinerlei Ansprüche auf Rücknahme des Waldtraufs bestehen. Gegebenenfalls negative Auswirkungen des angrenzenden Waldbestandes auf die Anlage sind hinzunehmen. Hierzu zählen auch eventuelle wirtschaftliche Einbußen aufgrund zukünftiger Beschattungssituation durch die benachbarten und stetig wachsenden Waldbäume. In diesem Zusammenhang möchten wir erwähnen, dass eine (nachträgliche) Waldumwandlung nicht in Aussicht gestellt werden kann.

Ist der Waldabstand nicht ausreichend bemessen, wird eine Haftungsverzichtserklärung (mit dinglicher Sicherung im Grundbuch) seitens des Eigentümers des Baugrundstücks (und somit seinen künftigen Rechtsnachfolgern) empfohlen, worin die Waldeigentümer von sämtlichen Ansprüchen, die sich aus der Nähe zum Wald bzw. der Bewirtschaftung des Waldes ergeben, freigestellt werden.

Im zeichnerischen Teil des Lageplanes sollte die Waldfläche dargestellt und der Waldabstand eingetragen werden.

## **2.) Waldfunktionenkartierung (als Hinweis)**

In der Waldfunktionenkarte sind die benachbarten Waldflächen als Erholungswald (Stufe 1 b) ausgewiesen.

### **V. Straßenamt:**

(Frau Steinhardt; Tel: 07351/52-6823;  
ulrike.steinhardt@biberach.de)

### **A) Bauabstand von der Fahrbahn:**

#### **1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können.**

##### **1.1 Art der Vorgabe**

Außerhalb des Erschließungsbereiches von Kreisstraßen besteht in einem Abstand bis 15 m vom Fahrbahnrand ein Anbauverbot für Hochbauten und bauliche Anlagen sowie Werbeanlagen. Bis 30 m bei Kreisstraßen dürfen bauliche Anlagen und Werbeanlagen nur mit Zustimmung der Straßenbauverwaltung errichtet werden. Diese im Verkehrsinteresse bestehende Vorgabe ist im Grundsatz auch bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zu beachten.

##### **1.2 Rechtsgrundlage**

§ 22 Abs. 1 und 2 Straßengesetz für Baden-Württemberg

Risiko trägt der Vorhabenträger. Der Privatwald auf Flst. 472/10 ist lediglich marginal betroffen.

#### **Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

Ansprüche auf Rücknahme des Waldtraufs bestehen nicht.

#### **Wird berücksichtigt.**

Eine entsprechende Haftungsverzichtserklärung wird abgegeben.

#### **Wird berücksichtigt.**

Der Wald und der Waldabstand werden im Plan übernommen.

#### **Wird zur Kenntnis genommen.**

Keine Abwägung erforderlich.

#### **Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

(StrG).

#### **B) Neuer Anschluss an Außenstrecke:**

##### **1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können.**

###### **1.1 Art der Vorgabe**

Außerhalb des Erschließungsbereichs von Kreisstraßen ist die Anlegung neuer Zufahrten im Interesse des überörtlichen Verkehrs im Grundsatz ausgeschlossen. Dieselben Gesichtspunkte müssen ebenso für die Herstellung kommunaler Straßenanschlüsse gelten. Eine dies nicht berücksichtigende Planung würde der Zweckbestimmung der überörtlichen Straße nicht Rechnung tragen. Der Gemeinde ist es verwehrt, planerische Aussagen zu treffen, die sich mit einer wirksamen Planfeststellung inhaltlich nicht vereinbaren lassen. Insoweit tritt die gemeindliche Bauleitplanung hinter die bereits vorhandene Fachplanung zurück (BVerwG vom 30.05.1997, DVBl 98, S. 46). Dieselben Grundsätze gelten auch für Anlagen, die nicht planfestgestellt sind, solange nicht durch eine förmliche Entwidmung oder, z. B. im Wege einer einvernehmlichen Regelung des Straßenbaulastträgers mit der Gemeinde, in sonstiger Weise eine Aufhebung bzw. Lockerung ihrer Zweckbestimmung erfolgt ist (vgl. BVerwG vom 16.12.1988, E 81, S. 111, S. 113, S. 118).

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

###### **1.2 Rechtsgrundlage**

§ 22 Abs. 1 Straßengesetz für Baden-Württemberg (StrG).

##### **2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes**

Von Seiten des Straßenamtes sind keine Maßnahmen vorgesehen.

**Wird zur Kenntnis genommen.**  
Keine Abwägung erforderlich.

##### **3. Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen und ggf. Rechtsgrundlage**

###### **3.1 Zum Entwurf**

###### **3.1.1 Abstände zu Baugrenzen, Anbauverbotszone**

Das Vorhaben liegt zwischen Laupheim und Walpertshofen, ca. 70 m östlich der K 7516 und ca. 40 m südlich der K 7582. Die gemäß § 22 StrG außerhalb der straßenrechtlichen Ortsdurchfahrt geforderten Anbaubeschränkungen von 15 m bzw. 30 m werden somit eingehalten. Es werden deshalb keine Einwände bezüglich des Abstandes zur Kreisstraße erhoben.

**Wird zur Kenntnis genommen.**  
Keine Abwägung erforderlich.

###### **3.1.2 Erschließungsstraße**

Die verkehrliche Anbindung des Plangebietes an die überörtliche Straße (K 7516) hat ausschließlich über die bestehende Zufahrt zum Sondergebiet „Biogasanlage Bühl“ zu erfolgen. Eine weitere Zufahrt wird nicht zugelassen.

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

###### **3.1.3 Blendschutz (PV-Anlage)**

Durch die PV-Anlage dürfen sich keine nachteiligen Auswirkungen auf den Verkehr der Kreisstraße ergeben. Eine

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**



Gefährdung der Verkehrssicherheit auf der Kreisstraße durch Reflektion ist durch die Verwendung entsprechender Module oder geeigneter Maßnahmen (Blendschutz) zu verhindern. Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung der Verkehrsteilnehmer oder eine Ablenkung durch Spiegelung doch herausstellen, so sind von der Gemeinde entsprechende Blendschutzmaßnahmen zu treffen, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs im Zuge der Kreisstraße aufrecht zu erhalten.

### 3.2 Zum Vollzug

**3.2.1** Oberflächenwasser aus dem Baugebiet darf nicht in die Entwässerungseinrichtungen der Straße geleitet werden.

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

**3.2.2** Im Straßenkörper der überörtlichen Straße dürfen außerhalb der Ortsdurchfahrt nach Möglichkeit keine Versorgungsleitungen verlegt werden. Eventuell notwendig werdende Aufgrabungen oder Durchpressungen für Kreuzungen von Versorgungsleitungen dürfen erst nach Abschluss eines Nutzungsvertrages mit dem Straßenamt begonnen werden.

**Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.**

#### Überarbeitung des Bebauungsplanes

Die Gemeinde wird gebeten, den Bebauungsplanentwurf auf der Grundlage der vorstehenden Stellungnahme zu überarbeiten und das Straßenamt am weiteren Verfahren zu beteiligen.

**Wird zur Kenntnis genommen.**  
Keine Abwägung erforderlich.

Weitere Bedenken und Anregungen behält sich die Straßenbauverwaltung vor.

#### **VI. Amt für Brand- und Katastrophenschutz**

(Herr Becht; Tel: 07351/52-7148; alexander.becht@biberach.de)

Gegen die Maßnahme bestehen aus brandschutztechnischer Sicht keine Bedenken.

**Wird zur Kenntnis genommen.**  
Keine Abwägung erforderlich.

## 2.2 Regierungspräsidium Freiburg

**30.05.2023**

Im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für geowissenschaftliche und bergbehördliche Belange äußert sich das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zum Planungsvorhaben.

#### **Geotechnik**

Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros. Eine Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, wird andernfalls die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan empfohlen:

#### **Wird berücksichtigt.**

Die Hinweise zur Geotechnik werden in die textlichen Festsetzungen unter Hinweise Ziffer 2.6 aufgenommen.

Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Löss unbekannter Mächtigkeit. Mit lokalen Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind, ist zu rechnen. Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen. Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.

#### **Boden**

Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise oder Anregungen vorzutragen.

Generell der Hinweis, dass nach § 2 Abs. 3 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) bei geplanten Vorhaben, die auf nicht versiegelte, nicht baulich veränderte oder unbebaute Flächen von mehr als 0,5 Hektar einwirken werden, ein Bodenschutzkonzept zur Gewährleistung des sparsamen, schonenden und haushälterischen Umgangs mit dem Boden im Rahmen der weiteren Vorhabensplanung bzw. -durchführung zu erstellen ist. Eine Erstellung des Bodenschutzkonzepts nach DIN 19639 wird dringend empfohlen.

#### **Mineralische Rohstoffe**

Die Plangebiet liegt am Rande eines nachgewiesenen Kiesvorkommens (mit der Vorkommensnr. L 7724/L 7726-51, Bearbeitungsstand: Januar 2001). Es ist in der vom LGRB landesweit digital erstellten Karte der mineralischen Rohstoffe von Baden-Württemberg 1: 50 000 (KMR 50) dargestellt. Die dort veröffentlichten oberflächennahen Steine-Erden-Rohstoffvorkommen werden nach landesweit einheitlichen Kriterien abgegrenzt und bewertet. In der dazugehörigen Vorkommensbeschreibung werden die rohstoffgeologischen Gegebenheiten erläutert. Die Rohstoffvorkommen und die dazugehörigen Vorkommensbeschreibungen können über den LGRB-Geodatendienst (LGRB-Kartenviewer, [http://maps.lgrb-bw.de/?view=lgrb\\_kmr](http://maps.lgrb-bw.de/?view=lgrb_kmr)) visualisiert werden [Themen: „Rohstoffgeologie/Karte der mineralischen Rohstoffe 1: 50 000 (KMR 50)/KMR 50: Rohstoffvorkommen“; Aufruf der Vorkommensbeschreibung durch Nutzung des Info-Buttons beim Thema „KMR 50: Rohstoffvorkommen“]. Die Geodaten des Themenbereichs Rohstoffgeologie können als WMS-Dienst registrierungs- und kostenfrei in die eigene GIS-Umgebung eingebunden werden ([https://produkte.lgrb-bw.de/catalog/list/?wm\\_group\\_id=20000](https://produkte.lgrb-bw.de/catalog/list/?wm_group_id=20000)) und (<https://produkte.lgrb-bw.de/docPool/WMS-Handout.pdf>). Ergänzend wird auf die Ausführungen unter <https://produkte.lgrb-bw.de/informationssysteme/neuigkeiten> und die Hinweise in den LGRB-Nachrichten 07/2016 und 04/2018 verwiesen (<https://www.lgrb->

#### **Wird berücksichtigt.**

Die Hinweise zum Boden werden in die textlichen Festsetzungen unter Hinweise Ziffer 2.6 aufgenommen.

#### **Wird berücksichtigt.**

Die Hinweise zu Mineralischen Stoffen werden in die textlichen Festsetzungen unter Hinweise Ziffer 2.6 aufgenommen.

bw.de/aktuell/lgrb\_nachrichten/index\_html?download\_art\_dow  
n=8).

Gegen die Planungen bestehen von rohstoffgeologischer Seite keine Einwendungen.

#### Allgemeine Hinweise

Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (<http://www.lgrb-bw.de>) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse <http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope> (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.

#### Wird berücksichtigt.

Die Allgemeinen Hinweise werden in die textlichen Festsetzungen unter Hinweise Ziffer 2.6 aufgenommen.

### 2.3 Stadt Laupheim - Stadtplanung u. Baurecht 05.06.2023

#### I. Bauleitplanung

Herr Dobner ([daniel.dobner@laupheim.de](mailto:daniel.dobner@laupheim.de); 07392 704-159)

Der wirksame Flächennutzungsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft der Stadt Laupheim stellt für das Plangebiet Flächen für die Landwirtschaft dar.

Der Bebauungsplan sieht ein sonstiges Sondergebiet gem. § 11 BauNVO vor. Der Bebauungsplan entwickelt sich daher nicht, wie in der Begründung ausgeführt, aus dem Flächennutzungsplan und verstößt damit gegen § 8 Abs. 2 BauGB (Entwicklungsgebot). Dieser Belang wird hiermit geltend gemacht.

Fraglich ist darüber hinaus die Wahl der Verfahrensart. Unserer Auffassung nach ist erstens kein im Zusammenhang bebauter Ortsteil i. S. v. § 34 BauGB zu erkennen. Zweitens stellt sich die Frage, welche Art der Innenentwicklung mit der Änderung des Bebauungsplans verfolgt werden soll. Die in § 13a Abs. 1 BauGB genannten Tatbestände sind hier nur schwer zu erkennen. Wenn überhaupt handelt es sich um ein vereinfachtes Verfahren nach § 13 BauGB. Dies wäre vom Vorhabenträger nochmals zu prüfen.

Drittens ist außerdem zu beachten, dass die Biogasanlage als Störfallbetrieb einzustufen ist. Demnach wäre das Verfahren ausgeschlossen, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, „dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkung von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu beachten sind“ (vgl. § 13a Abs. 1 Satz 5 BauGB).

Wir weisen zudem darauf hin, dass die Stadt Laupheim derzeit ein Bebauungsplanverfahren „Gewerbegebiet Laupheim-Ost II Teil 1“ auf einer direkt angrenzenden Fläche betreibt. Beide Verfahren haben u. U. gegenseitige Auswirkungen. Der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan liegt der Gemeinde Burgrieden im Entwurf zur frühzeitigen Beteiligung vor.

#### Wird berücksichtigt.

Es wird ein geändertes Verfahren – Regelverfahren – im GR beschlossen werden. Dies bedingt eine Änderung des FNP im Parallelverfahren.

#### Wird berücksichtigt.

Es wird ein geändertes Verfahren – Regelverfahren – im GR beschlossen werden. Die bisherige Beteiligungsrunde wird als frühzeitige Beteiligung gewertet und somit wird im nächsten Schritt im kommenden GR die öffentliche Auslegung beschlossen.

#### Wird berücksichtigt.

Die geplanten Solarmodule beeinträchtigen die vorhandenen Maßnahmen zur Störfallverordnung nicht..

#### Wird zur Kenntnis genommen.

Keine Abwägung erforderlich.

Behördenbeteiligung und Bürgerbeteiligung	Abwägung, Stellungnahme, Beurteilung
<p><b>II. Untere Baurechtsbehörde</b>  Herr Steinhagen (jens.steinhagen@laupheim.de; 07392 704-257)  Gegen die planungsrechtlichen und örtlichen Festsetzungen werden aus Sicht der unteren Baurechtsbehörde keine Bedenken erhoben.  Eine stellenweise Eingrünung der gem. Ziffer 1.3. der örtlichen Bauvorschriften zulässigen Einfriedungen wird angeregt.</p>	<p><b>Wird zur Kenntnis genommen.</b>  Keine Abwägung erforderlich.  Eingrünungen sind geplant.</p>
<p><b>3. Stellungnahmen von Bürgern</b></p> <p>Im Rahmen der öffentlichen Auslegung wurden <u>keine</u> Anregungen aus der Öffentlichkeit vorgebracht:</p>	

Aufgestellt, Langenargen, den 19.06.2023